



Eine Stadt für alle **Die Genossenschafter*innen**

Angstmache gegen Gemeinwirtschaft? Nicht in unserem Namen!

Für starke Genossenschaften, demokratisches Wohnen und eine Stadt für alle

Angst ist keine Wohnungspolitik

Genossenschaftsmitglieder in Berlin sind aktuell Ziel eine Desinformationskampagne der Immobilienwirtschaft. Unter dem Slogan „Berlin denkt weiter“ hat Anfang Juni 2026 BBU-Vorständin Maren Kern ein Musterinterview mit dem Titel „Ich mache mir Sorgen um Genossenschaften“ an alle Mitgliedsunternehmen verschickt und zur Verbreitung in Mitgliedszeitschriften und Versammlungen aufgerufen. Mit suggestiven Fragen erweckt sie den Eindruck, dass Genossenschaften von einer Vergesellschaftung betroffen sein könnten. Das ist keine Aufklärung, das ist Angstmache.

Die Fakten sind eindeutig:

Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ richtet sich gegen profitorientierte Wohnungskonzerne, für die Wohnungen Renditeobjekte der Aktionär*innen sind. Genossenschaften verfolgen das Gegenteil: Sie wirtschaften für ihre Mitglieder und sind somit gemeinwirtschaftliche Unternehmen. Die vom Senat eingesetzte Expertenkommission hat einstimmig festgestellt: Genossenschaften werden nicht enteignet. Die Initiative selbst hat das in ihren Gesetzentwurf geschrieben.

Diskussion ja – Angstmache nein

Genossenschaften sind kein Gegenmodell zur Gemeinwirtschaft. Sie sind Gemeinwirtschaft – demokratisch, solidarisch, ohne Renditedruck. Viele Mitglieder haben den Volksentscheid 2021 deshalb unterstützt und sehen in ihrer Genossenschaft den lebenden Beweis, dass Wohnen anders geht.

Über Vergesellschaftung darf man unterschiedlicher Meinung sein. Aber diese Debatte gehört sachlich geführt – nicht mit aus der Luft gegriffenen Falschinformationen wie es der BBU tut. Der Verband, einst von Genossenschaften selbst gegründet, vertritt heute zunehmend die Interessen seines größten Beitragszahlers: des Immobilienkonzerns Vonovia.

Mehr Gemeinwohl wagen

Genossenschaften und der Volksentscheid werden oft als Gegner dargestellt. Dabei eint sie ein Gedanke: Wohnraum soll dem Gemeinwohl dienen, nicht der Rendite. Genossenschaften entstanden aus Selbsthilfe und Selbstverwaltung – sie gehören weder dem Staat noch Investor*innen, sondern ihren Mitgliedern.

Die Berliner Wohnungskrise ist von einem Markt verursacht, auf dem Boden und Wohnungen zu Spekulationsobjekten wurden. Die Vergesellschaftung großer Konzerne entzieht Wohnraum dauerhaft diesem Markt und unterstellt ihn demokratischer Kontrolle.

Jetzt aktiv werden!

Informieren Sie sich. Sprechen Sie mit Ihren Nachbar*innen. Diskutieren Sie mit Vertreter*innen und Vorständen in Ihrer Genossenschaft. Fragen Sie nach, wenn mit Behauptungen statt Fakten gearbeitet wird. Und setzen Sie sich gemeinsam mit uns für mehr Demokratie im Wohnen und eine Stärkung der Gemeinwirtschaft ein.

Über uns

„Die Genossenschafter*innen“ sind ein Zusammenschluss von Mitgliedern Berliner Wohnungsgenossenschaften, der sich im Zuge der mietenpolitischen Auseinandersetzungen im Februar 2020 gegründet hat. Die Initiative will ein aktives und progressives wohnungspolitisches Engagement von Genossenschaften aufbauen, die inner-genossenschaftliche Demokratie stärken, sowie zu einer Verbreitung des Genossenschaftsgedankens beitragen.



Die Genossenschafter*innen

Mehr über uns auf www.genossenschafter-innen.de

Kontakt: info@genossenschafter-innen.de